

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

heute Vormittag habe ich eine sehr schwierige Entscheidung getroffen: Ich habe im Bundestag erstmals bei einer Entscheidung über ein Auslandsmandat der Bundeswehr mit „Nein“ gestimmt. Es ging dabei um die Aufstockung des **ISAF-Mandats in Afghanistan**, diese wurde letztlich mit den mehrheitlichen Stimmen aus CDU/CSU, FDP und auch der SPD beschlossen.

Niemandem im Bundestag fällt es leicht, zwischen internationaler Verantwortung und der Sicherheit unserer Bürger in Uniform zu wählen. Nun ging es heute aber nicht um eine Mandatsverlängerung, denn diese wurde bereits im vergangenen Dezember beschlossen. Sondern es ging um eine Truppenaufstockung, also um zusätzliche Menschen, die der Gefahr ausgesetzt werden, das Leben zu verlieren.

Ich bin nicht grundsätzlich gegen eine Kontingenterhöhung, schon gar nicht, wenn es eine Chance auf Erfolg gibt. Erfolg bedeutet für mich aber eine Strategie, nach der wir am Ende geordnete Verhältnisse hinterlassen und keine unnötigen und sinnlosen Verluste hinnehmen müssen.

Die Soldaten erfahren jedoch keinen Rückhalt von der schwarz-gelben Regierung. Sie erhalten keinen klaren Auftrag, und sie haben einen völlig unklaren rechtli-



**Berlin-Brief, Ausgabe 69**  
**26. Februar 2010**

*Meine Termine*

**SPD-OV Gundelsheim Jahreshauptvers.**  
26.02.2010, 19:30 h, Gundelsheim

**Jahresempfang der Wirtschaftsjuvenen**  
28.02.2010, 10:45 h, Künzelsau

**Sitzungswoche des Dt. Bundestages**  
01.-05.02.2010, Berlin

*Aktuelle Pressemitteilung*

**Heilbronner Haus der Familie erhält Zuschuss vom Bund** (08.02.2010)

Josip Juratovic teilte der Geschäftsführerin des Hauses der Familie, Ingrid Hofmann, mit: „Dass Ihr Projekt gefördert wird, spricht für Ihre sehr gute Vorarbeit. Ich freue mich sehr und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.“

<http://www.josip-juratovic.de/aktuell/heilbronner-haus-der-familie-erhalt-zuschuss-vom-bund>

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

chen Rückhalt. Sie bekommen als Botschaft mit, dass sie noch bis 2015 irgendwie durchhalten müssen und dann das Land den blumigen Versprechen Karsais überlassen. Ich werde das Gefühl nicht los, dass die Bundesregierung hier wie bei anderen Themen auch versucht, sich irgendwie durchzumogeln. Hinzu kommen Show-Effekte sowohl des Verteidigungsministers als auch des Außenministers, beispielsweise bei der Kundus-Affäre. Die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt verantwortungslos, indem sie die Sicherheit unserer Bürger in Uniform gefährdet. Das kann ich nicht unterstützen.

Um Show-Effekte geht es dem Außenminister aktuell auch in der Innenpolitik. Alarmiert von den schlechten FDP-Umfragewerten hat **Guido Westerwelle** eine Debatte vom Zaun gebrochen, bei der es aber um mehr als nur die Höhe der Grundsicherung bei Hartz IV geht. Die FDP will den Sozialstaat im Ganzen in Misskredit bringen. Westerwelles Äußerungen zeugen von mangelndem Respekt und mangelnder Sachkenntnis. Die ganz große Mehrheit der Hilfeempfänger sucht nichts sehnlicher als eine gute Arbeit. Und diese Arbeit muss sich für die Erwerbstätigen auch lohnen. Deshalb ist die Einführung eines allgemeinen und flächendeckenden **gesetzlichen Mindestlohns** ein unumgänglicher Schritt. Wer jedoch wie die FDP Mindestlöhne verweigert und stattdessen Sozialhilfe plus Hinzuverdienst durch Billigjobs propagiert, verschärft das Problem, das er beklagt.

Diesem Berlin-Brief finden Sie meine Rede zum **Arbeitnehmerdatenschutz** beigelegt, die ich am heutigen Mittag im Bundestag zu Protokoll gegeben habe. Das bedeutet, die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt wurden nicht live gehalten, sind aber im Protokoll nachzulesen. Bereits im Dezember hatte die SPD einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Für die SPD stelle ich in meiner Rede klar, dass wir klare Regeln für Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen wollen, welche Daten abgefragt werden dürfen und welche Daten angegeben werden müssen. Wir stehen für ein Verbot von Videoüberwachungen am Arbeitsplatz. Bereits seit mehreren Jahren verhindert die Union – leider mit Erfolg – eine effektive Gesetzgebung.

Mit freundlichen Grüßen

